

Differenzierung und Eliten im Staatssozialismus

Ettrich, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ettrich, F. (2003). Differenzierung und Eliten im Staatssozialismus. *Historical Social Research*, 28(1/2), 31-56. <https://doi.org/10.12759/hsr.28.2003.1/2.31-56>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Differenzierung und Eliten im Staatssozialismus

*Frank Ettrich**

Abstract: This article draws on some central theoretical aspects of contemporary historical and sociological research on the elite structures of sowjet type societies. Firstly, specific features of the constitution and the recruitment of political and functionary elites in the political and civil system of the collapsed state socialist societies are investigated. In this context the concept of organisations elites will be emphasized. Secondly, the problem of the relationship between differentiation processes in society and social inequality is discussed by means of focussing on the „elite problem“. Finally, this article reconstructs in broad contours the debates concerning processes of informalization and hybridization in state socialist societies in the light of the elite aspect.

1. Alte und neue Fragestellungen

Vor mehr als 40 Jahren notierte Milovan Djilas in seiner vielbeachteten Analyse des kommunistischen Systems „Die neue Klasse“: „Wenn die neue Klasse von der Bühne der Geschichte abtritt – das muss einmal geschehen –, dann wird weniger Trauer über ihren Abgang herrschen als über den jeder anderen zuvor“ (Djilas 1957, S. 102). In einem wohlverstandenen Sinne lassen sich die antitotalitären Revolutionen des Jahres 1989/90 zweifellos als der von Djilas vorausgesagte Abgang der neuen Klasse der kommunistischen Partei- und Staatsfunktionäre von der Bühne der Geschichte begreifen: Ihr entscheidendes Ergebnis war zum einen die Brechung des kommunistischen Machtmonopols, das die Systemidentität der staatssozialistischen Einparteien-Staaten ausmachte. Zum anderen markierten sie den definitiven Abgang der Realitätsdeutungen, Geschichtsmythen und historischen Zielvorgaben von der Bühne der Geschichte, die von den herrschenden Klassen in den staatssozialistischen Gesellschaften

* Address all communications to Frank Ettrich, Universität Erfurt, Staatswissenschaftliche Fakultät, Sozialwissenschaften, LS Sozialstruktur moderner Gesellschaften, PF 900221, D - 99105 Erfurt; Tel.: (0361) 737-1124 (Skr.); Fax: (0361) 737-1942, E-mail: frank.ettrich@uni-erfurt.de.

ten ungeachtet weitgehender Erosionserscheinungen bis zum Schluss vertreten wurden.

Als Lasswell et al. Anfang der 50er Jahre vergleichende Elitestudien im Rahmen des Projektes über „die Weltrevolution unserer Zeit und ihre Konsequenz für die internationale und die nationale Politik“ am Hoover-Institut der Stanford University konzipierten, sah das noch ganz anders aus. Bei der Annahme, durch „die Untersuchung des Schicksals der Eliten auf der ganzen Welt“ die dem RA-Dir-Projekt zugrunde liegende Hypothese prüfen zu können, nämlich dass unsere Epoche eine „Epoche der fortschreitenden Weltrevolution“ sei, maßen sie der Realitätsdeutung der totalitären Eliten in den kommunistischen Staaten herausragenden Stellenwert bei (Lasswell et al. 1952; 1965).

Von den 50er Jahren bis zum Ende der Sowjetunion und ihres Hegemonialbereichs standen die Herrschafts- und Elitenstruktur kommunistischer Systeme (und deren Wandel) im Zentrum der politischen und sozialwissenschaftlichen Dauerbeobachtung und Analyse auf westlicher Seite (für die DDR z. B.: Richter 1968; Ludz 1968; Glaeßner 1977; G. Meyer 1991). Verhält man sich konstruktiv zu den Ergebnissen der Osteuropaforschung vor 1989-92 und fragt, worin die Anregungen und Desiderata dieser Forschung für eine historische Soziologie des Staatssozialismus bestehen könnten, so stößt man keineswegs nur auf die weißen Flecken, Fehldeutungen und politischen Verzerrungen, die die sattsam bekannte politische Restriktion empirischer Forschung und das spannungsreiche Klima des kalten Krieges verursacht haben (A. Meyer 1991; Almond 1990). Vielmehr sind es gerade prinzipielle und grundlegende theoretische Fragen, die vor 1989 keiner weitgehend geteilten Lösung zugeführt werden konnten und die häufig noch immer offen sind. Die übergreifende dieser Fragen ist die, nach der *Modernität der Gesellschaften sowjetischen Typs* und damit auch die Frage, ob und inwieweit das sozialwissenschaftliche Selbstbeobachtungs- und Analyseinstrumentarium moderner Gesellschaften uneingeschränkt auf den untergegangenen Gesellschaftstyp anwendbar ist. Das gilt gerade für elitetheoretisch inspirierte Untersuchungen, nachdem die jüngeren Innovationen in diesem Feld den von Pareto behaupteten historischen Universalismus des Eliteansatzes relativiert haben (vgl. Keller 1968; Field/Higley 1983; Burton/Higley 1987). Elitetheoretische Annahmen sind heute eingebettet in eine Theorie moderner Gesellschaften. Die Entstehung und Existenz von Eliten hat *soziale Komplexität* und *gesellschaftliche Differenzierung* zur Voraussetzung. Eliten resultieren aus der Struktur und dem Funktionieren von im Wesentlichen bürokratischen Institutionen und Organisationen. Gerade die Spezifik der Struktur und der Funktions- und Rekrutierungsmechanismen kommunistischer Herrschaftssysteme und deren Folgen für die gesamte Gesellschaftsstruktur haben in der Vergangenheit immer wieder Zweifel, Unsicherheiten und Fehlgriiffe bei der Übernahme moderner sozialwissenschaftlicher Konzepte und Ansätze verursacht. Wenn heute eine Analyse des „Leitungsper-

sonals“ der DDR „mit den Instrumenten und Begrifflichkeiten einer Elitesozio-logie“ apodiktisch von der Prämisse ausgeht, „dass die jeweils herrschende Ideologie zunächst mit der Ausbildung rationaler Herrschaftsformationen in modernen Gesellschaften wenig zu tun hat. Demokratische wie sozialistische Gesellschaften sind zuallererst Organisationen von politischen Verbänden, die auf formeller Legalität basieren und eine moderne Bürokratie ausbilden, wie bereits Max Weber deutlich gemacht hatte“ (Hornbostel 1999, S. 178), so nivelliert dies keineswegs nur die Differenz zwischen dem untergegangenen Staatssozialismus und Webers Modell eines rationalen Sozialismus. Es steht auch im Widerspruch zu den Überlegungen und Einsichten, die vor 1989-92 zur Spezifik des kommunistischen Herrschafts- und Legitimationsmodus und Bürokratietypus bereits vorlagen (vgl. zusammenfassend: Rigby 1990a).

Geht man davon aus, dass die Konzepte der *funktionalen Differenzierung* und der *sozialen Ungleichheit* die beiden grundlegenden Perspektiven darstellen, unter denen die Struktur(en) moderner Gesellschaften analysiert werden kann (vgl. Schimank 1998; Schwinn 1998; Schwinn 2000; Schwinn 2001), dann lässt sich für die Diskussion bis 1989-92 festhalten, dass im Falle der Gesellschaften sowjetischen Typs für beide Strukturdimensionen keine eindeutige Diskussionslage zu registrieren ist. Differenzierungstheoretisch sperrt sich das für die Systemidentität von Gesellschaften sowjetischen Typs konstitutive Merkmal der Parteiherrschaft gegen eine einfache Übertragung westlicher Differenzierungsannahmen. In prägnanter Weise hat H. Willke schon 1979 die differenzierungstheoretische Grundannahme formuliert, die implizit oder explizit der ganzen Osteuropa-Forschung in der Phase der poststalinistischen Industriegesellschaften zugrunde lag: „Idealtypisch vereinfacht können die westlichen Industrieländer gesehen werden als soziale Systeme, deren funktional ausdifferenzierte Teilsysteme wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Kunst, Religion etc. einen relativ hohen Grad von Autonomie besitzen. Das Auseinanderfallen der Gesellschaft in funktional spezialisierte Teilbereiche – die „gesellschaftliche Arbeitsteilung“ – führt einerseits zu wachsenden Interdependenzen zwischen den Teilen, andererseits zur zunehmenden Ausbildung von Teilrationalitäten, widersprüchlichen Systemzielen, unterschiedlichen Binnenmoralen und spezifischen Indifferenzen. Für die Gesellschaften stellt diese Entwicklung in immer drängender Weise das Problem des Zusammenhanges des Ganzen, die Frage der Integration hochdifferenzierter Gesellschaftssysteme.“

Industrialisierten sozialistischen Ländern dagegen stellt sich das Komplexitätsproblem – wiederum idealtypisch vereinfacht – umgekehrt dar: eine alle gesellschaftlichen Lebensbereiche durchdringende Ideologie und Parteilichkeit (bis hin zu Familie und Justiz) bewirkt einen relativ hohen Grad an Integration der Gesamtgesellschaft. Andererseits bewirken Industrialisierung, Technisierung, Verwissenschaftlichung etc. ein so hohes Maß an gesellschaftlicher Komplexität, dass Fragen des „Wertberücksichtigungspotentials“ (Naschold)

und der „Zentralisierbarkeit von Entscheidungsleistungen“ (Luhmann) unabweisbar werden. Sozialistische Staaten stehen daher zunehmend vor dem Problem der funktionalen Differenzierung hochintegrierter Gesellschaftssysteme.“ (Willke 1979, S. 9)

Die Debatte bewegte sich – und bewegt sich teilweise noch immer – im Rahmen einer Differenzierungs-Entdifferenzierungs-Argumentation, die häufig dem Antwortmuster auf die Frage „Ist das Glas halbvoll oder halbleer?“ folgte. Ich denke, es ist richtig, wenn man behauptet, dass in den 70er und 80er Jahren in der Osteuropa- und DDR-Forschung die Frage im Mittelpunkt stand: „Wie untergraben gesellschaftliche Differenzierungsprozesse die Möglichkeit einer politischen Vorgabe einheitlicher Ziele und damit auch die glaubwürdige Verkörperung der Gesellschaft in den zentralen Herrschaftsinstanzen?“ (Thaa/Häuser/Schenkel/Meyer 1992, S. 10). Dabei dürften noch immer die Befunde über die mit den gesellschaftlichen Differenzierungsprozessen einhergehenden Phänomene der *Elitendifferenzierung* zu den interessantesten gehören. Seit G. Konrad/I. Szelényi „Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht“ (Konrad/Szelényi 1978) gehörte das Problem der *Elitendifferenzierung* zu den zentralen ungleichheitstheoretischen Themen der Forschung über Gesellschaften sowjetischen Typs. Bis Ende der 50er Jahre replizierte die Schichtungs- und Mobilitätsforschung wiederholt den Befund, wonach sich die Allokation von Mobilitätschancen und Privilegien in kommunistischen Staaten primär nach dem Kriterium der Parteiloyalität vollzog. R. Feldmesser, einer der ersten Soziologen, die Prozesse der Statuszuweisung in der Sowjetunion untersuchten, schrieb 1960: „Loyalty to the political leader and his ideology is again the cause, not the consequence, of hierarchical position.“ (Feldmesser 1960, S. 248; vgl. Inkeles/Bauer 1959). In den 60er Jahren traten mit der Erschöpfung des stalinistischen Industrialisierungsmodells, der Inkorporation entwickelter Industriegesellschaften (DDR, ČSSR) in den sowjetischen Hegemonialbereich und der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ auch in den kommunistischen Staaten Bildung und berufliche Kompetenz ins Zentrum der Mobilitätsprozesse. Die Schichtungs- und Mobilitätsforschung interpretierte dies in der Regel im Sinne modernisierungs- oder konvergenztheoretischer Annahmen: „(W)ith the emergent emphasis on industrial efficiency the tendency has been to appoint men to positions of authority and responsibility more on the basis of their formal qualifications than simply as a reward for political loyalty“ (Parkin 1969, S. 365). Die Frage nach dem Verhältnis von *Qualifikation* und *Systemloyalität* in Elitenrekrutierungsprozessen war damit gestellt. Konrad/Szelényi sahen im wachsenden Stellenwert von Bildung und Beruflichkeit in poststalinistischen Industriegesellschaften den „Weg“ der Intelligenz zur „Klassenmacht“. In Zukunft werde die alte Partielite – Djilas’ „Neue Klasse“ – durch gut ausgebildete professionelle Eliten ersetzt. Mit Konrad/Szelényis These von der Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht ging die Annahme einher, dass spätestens in den 70er Jahren die Eliten kommunistischer Regime in politisch

loyale Bürokraten und Professionals mit höheren Bildungsabschlüssen differenziert waren. Széleányi hat auch in den 80er Jahren die Differenzierung in politisch loyale Bürokraten und Professionals als wichtige Differenzierungslinie der sozialistischen Eliten (in Ungarn) angesehen (Széleányi 1986) und seine postkommunistische Transformationsthese vom „Managerkapitalismus“ in Ostmitteleuropa steht in unmittelbarer Kontinuität mit den Erwartungen der 70er Jahre (Eyal/Széleányi/Townsley 1998; Ettrich/Utz 2002).

Das Problem der sozialstrukturellen Formierung und politischen Mobilisierung systemischer Gegeneliten dürfte noch immer die interessanteste elitentheoretische Frage sein, die sich der inzwischen sozial-historischen und zeitgeschichtlichen Forschung über Gesellschaften sowjetischen Typs stellt. Vor 1989 bildete es zweifellos ein Leitproblem der Eliteuntersuchungen über kommunistische Diktaturen.

In den Umbrüchen der Jahre 1989-91 und der einsetzenden Debatte über die postkommunistischen Transformationsprozesse gehörte dann die Feststellung, dass es in den osteuropäischen Revolutionen keine Gegeneliten gegeben habe, zu den häufig getroffenen Charakterisierungen der Ereignisse. C. Offe nannte als übereinstimmendes Merkmal der „Revolutionen“ in Osteuropa an erster Stelle: „Die Umwälzungen der Jahre 1989-91 unterscheiden sich von den klassischen Revolutionen der Moderne (vorab also der französischen, russischen und chinesischen Revolution) dadurch, dass sie nicht in der Form einer „Theorie“ des revolutionären Fortschritts auftreten, die von einer mit nicht-institutionellen Mitteln zur Macht gelangten revolutionären Elite exekutiert wird.“ (Offe 1994, S. 234 f.) K. v. Beyme sprach – vorsichtiger – vom häufigen Fehlen einer „organisierten Gegenelite“ (v. Beyme 1994, S. 175) in den postkommunistischen Transformationsprozessen. Insbesondere im Fall der DDR wurde der Mangel an Gegeneliten und die Schwäche der Bürgerbewegungen immer wieder hervorgehoben (vgl. Offe 1994, S. 21-42). Vor diesem Hintergrund können Studien, die sich mit dem demokratischen Gegeneliten-Reservoir der DDR-Gesellschaft als Rekrutierungsbasis der ostdeutschen Elite nach 1990 beschäftigen, besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Eingehen möchte ich kurz auf C. Welzels „Demokratischer Elitenwandel“ (1997), da es wichtige Aspekte des Problems der Elitendifferenzierung im Staatssozialismus aufgreift.

Welzels demokratie-soziologische Analyse der „Erneuerung der ostdeutschen Elite“ entstand im Kontext der Potsdamer Elitestudie (Bürklin/Rebenstorf 1997), sie bietet zum einen ein vergleichsweise vollständiges und differenziertes Bild von der sektoralen Verteilung von West- und Osteliten in den neuen Bundesländern und vom Sozial- und Einstellungsprofil der ostdeutschen Elite um 1995. Sie ist zum anderen eine überzeugende empirisch-sozialwissenschaftliche Beweisführung dafür, dass sich in Ostdeutschland tatsächlich ein demokratischer Elitenwandel vollzogen hat, d.h. im Fall der ehemaligen DDR die „Transitions“- und nicht die „Reproduktionsthese“ für die politischen Eliten gültig ist. Mehr als 90 % der ostdeutschen Inhaber von politi-

schen Elitepositionen um 1995 gehörten 1988 nicht zur DDR-Elite. Die Nach-Wende-Elite stammt überwiegend aus den *politisch fremdgesteuerten, technokratischen und kulturellen Sektoren des DDR-Regimes*. Ihre Berufskarriere wurde von 1989 eher von der *fachlichen Qualifikation* als dem *politischen Engagement* gesteuert, was sich neben der sektoralen Verortung und dem Nicht-Elitenstatus von 1989 auch an der Ausrichtung der fachlichen Qualifikation (Natur- und Technikwissenschaften, Geisteswissenschaften, Journalistik, Theologie) ablesen lässt. Der Frauenanteil liegt bei 30 Prozent und ist damit sechsmal größer als in der DDR-Elite. Das Durchschnittsalter der ostdeutschen Elitenmitglieder liegt Mitte der 90er Jahre bei 47 Jahren und damit 15 Jahre unter dem Durchschnittsalter der DDR-Elite.

Der bestechendste Zug der demokratiesoziologischen Arbeit Welzels ist aber der anspruchsvolle theoretische Ansatz, der die innerostdeutsche Elitenzirkulation nach 1989 in überzeugender Weise mit dem *endogenen Prozess der Entstehung und dem Wachstum einer blockierten demokratischen Gegenelite in der DDR* verknüpft. Welzel wählt nicht die vermeintlich „klassischen“ (Bauern-)Revolutionen der Moderne als Bezugspunkt der Analyse von Gegeneliten in staatssozialistischen Industriegesellschaften. Er stützt sich im Wesentlichen auf makrostrukturelle Ansätze der modernisierungstheoretischen Demokratisierungsforschung und mikrostrukturelle Analyse der Mobilisierungs- und Protestforschung, um auch für die DDR-Intelligenz das Vorliegen des generellen „Status-Motiv-Muster einer demokratischen Gegenelite“ herauszuarbeiten. „Gegeneliten zeichnen sich ... durch die Kombination von relativer Deprivation und kognitiver Kompetenz aus. Diese Merkmalskombination lässt sich auch unter dem Begriff der Statusinkonsistenz subsumieren. Sie nährt sich aus dem Widerspruch zwischen einem hohen Kompetenzstatus einerseits und sozioökonomischen oder politisch-institutionellen Statusbenachteiligungen andererseits ...“ (Welzel 1997, S. 37). Charakteristisch für die DDR-Intelligenz war die Kombination von sozio-ökonomischer *Etablierung* und politisch-institutioneller *Deprivation*, die Tendenzen der prodemokratischen Regimeentfaltung fördert. Es sind aber nicht die einzelnen „frustrierten Intellektuellen“, auf die diese Argumentation zielt. Welzels Erklärungsstrategie zielt nicht auf oppositionelle Intellektuelle oder Bewegungen, sondern auf die potentiellen Trägerschichten einer nachhaltigen Demokratisierung postkommunistischer Regime. Ausschlaggebend ist dabei zum einen die Entstehung einer relativ *großen* sich ständig verjüngenden Intelligenzschicht. Diese Bedingung des Größenwachstums eines technokratischen und professionellen Intelligenz-Reservoirs lässt sich für die DDR unzweifelhaft zeigen. Problematischer ist der Nachweis demokratischer Regimepräferenzen für diese Schicht. Hierbei stützt sich der Autor auf die in der Demokratisierungs- und Modernisierungsforschung gefestigte These, dass die Expansion von Humankapital die wichtigste Voraussetzung für die Verankerung demokratischer Orientierungen darstellt. Die zahlreichen Einstellungserhebungen nach den Umbrüchen von 1989/90

bestätigen eindrucksvoll diese These. Für den Teil der DDR-Intelligenz, auf den Welzels Argumentation abstellt, „die ideologieneutral qualifizierte, in der DDR vorrangig im Wissenschafts- und Humandienstleistungssektor und dort auf professionellen und unteren subelitären Positionen platzierte, aber parteipolitisch marginalisierte Intelligenz der Nachkriegsgenerationen“ (ebd., S. 188), lassen sich dominant Regimepräferenzen „partizipativ-etatistischer Prägung“ nachweisen, die ihre Herkunft aus der politischen Kultur eines kollektivistischen Gesellschaftsmodells erkennen lassen, zweifellos aber dem Spektrum eines demokratischen Ordnungsverständnisses zuzuordnen sind. Welzels Theorie und Empirie des „demokratischen Elitenwandels“ in der DDR, die ja verblüffende Parallelen zur Diskussion über die anderen postkommunistischen Transitionen aufweist, führt die Debatte über den Sonderfall „DDR“ zurück in die vergleichende Forschung über die Demokratisierung autokratisch verfasster Industriegesellschaften. Sie unterbreitet auch eine interessante Perspektive auf die Differenzierung sozialistischer Eliten vor 1989.

Die sozialistischen Eliten sind heute Objekte einer vergleichsweise breiten zeithistorischen und historisch-soziologischen Forschung. Publikationen wie die von Bauerkämper/Danyel/Hübner/Roß (1999), Peter Hübner (1999) und Stefan Hornbostel (1999) repräsentieren eine historische Forschungsrichtung, in der inzwischen eine Vielzahl weiterer Studien vorliegt. Man findet zu nahezu allen „Führungsgruppen in der DDR“ – von den hauptamtlichen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit bis zu den Neulehrern – und zu allen Aspekten des Elite-Problems in der DDR – vom „Kadernomenklatursystem“, dem „Zentralen Kader-Datenspeicher“ bis zum „antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten“ – überaus materialreiche und detaillierte Befunde und Einzelstudien. Zweifellos war das Jahrzehnt seit 1989/90 nach 40 bzw. 70 Jahren der zwangsweisen Abstinenz eine Zeit der Archive, des Datensammelns und der Datenaufbereitung. Und diese Phase erfahrungswissenschaftlicher Forschung ist noch keineswegs abgeschlossen. In den vorliegenden Arbeiten der zeithistorischen Elitenforschung lassen sich auch übergreifende theoretisch-methodologische Orientierungen erkennen, die innovativ und vielversprechend sind. Neben dem unübersehbaren Bestreben, ein differenziertes Bild von der DDR-Geschichte zu zeichnen, ist dies vor allem die Vermeidung der Fehler der Aufarbeitung deutscher Zeitgeschichte nach 1945, die Lutz Niethammer in seinen „Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR“ so umrissen hat: „Sie bestanden darin, die Erfahrung des Volkes und die Kontinuität der Gesellschaft beiseite zu schieben und die historische Erforschung auf die neu zugänglich gewordenen Archivalien der politischen Herrschaftsgeschichte, namentlich auf das Profil der Führung, die Programmatik der herrschenden Partei, ihren Terrorapparat und ihre auswärtigen Beziehungen zu konzentrieren“ (Niethammer 1994, S. 95). Erst die gesellschaftlichen „Grenzen der Diktatur“ (Bessel/Jessen 1996) machen deren Funktionsweise und Scheitern verständlich. Freilich dürften gerade die Erforschung der Eliten

in einer Gesellschaft wie der DDR einige grundlegende modellhafte Annahmen über die Funktionsweise staatssozialistischer Gesellschafts- und Herrschaftssysteme unverzichtbar machen, wenn man die Perspektive nicht auf die Beharrungstendenz und den „Eigensinn“ systemfremder Milieus und „Restgruppen“ einengen will. Was an den zeithistorischen Publikationen wenigstens auf den ersten Blick irritiert, ist die Tatsache, dass die Herausgeber in der einleitenden Synopse des gegenwärtigen Forschungsstandes jeweils die Frage in den Mittelpunkt stellen, ob in der DDR (und damit in allen kommunistischen Gesellschaften) überhaupt Eliten existierten? Dabei ist unübersehbar, dass sie Anschluss an den analytischen Rahmen suchen, den die Eliteforschung für westliche Gesellschaften entwickelt hat. Die DDR als Herrschafts- und Gesellschaftsgefüge ist aber nicht nur seit mehr als 10 Jahren Vergangenheit, sie entzieht sich gerade in ihrem (zentralen) Herrschaftsaspekt wesentlich dem theoretisch-begrifflichen Instrumentarium, mit dem sich die liberalen westlichen Demokratien selbst beschreiben. Mit erheblichem argumentativem Aufwand versuchen z.B. Bauerkämper et al. (1999) bzw. Hübner (1999) dem Eliteproblem in Gesellschaften sowjetischen Typs beizukommen, um dann doch den bewährten Weg der Operationalisierung über den Positionsansatz, ergänzt um ein Plädoyer für die Berücksichtigung der „handelnden Individuen mit ihren lebensgeschichtlichen Prägungen, ihren Zielen und Wertvorstellungen“ (Bauerkämper et al. 1999, S. 67) einzuschlagen.

Es sind im Wesentlichen drei Gründe, die Bauerkämper et al. dazu veranlassen, den Titel „Gesellschaft ohne Eliten?“ zu wählen: Zum einen die zahlreichen Befunde über die sozialstrukturelle Nivellierung und gesellschaftliche Entdifferenzierung, wobei unklar bleibt, warum das „Paradigma der entdifferenzierten Gesellschaft“ „einer elitentheoretischen Deutung der DDR-Gesellschaft das Wasser abzugraben“ (ebd., S. 30) scheint. Zum anderen der antielitäre Habitus und die antielitäre subjektive Selbstwahrnehmung der Elitenmitglieder, wobei unklar bleibt, ob historisch nur ein Modell eines „elitären Habitus“ vorzufinden ist. Schließlich die Elitenrekrutierung aus ehemals unterprivilegierten Schichten, wobei die Frage auftaucht, ob Unterschichten keine Eliten oder Elitenvertreter hervorbringen können? Die Herausgeber registrieren zwar auch, dass es im „gängigen Kanon der marxistisch-leninistischen Theorie ... Elemente einer Art sozialistischen Elitentheorie“ (ebd., S. 41) gab und Lenin mit der Konzeption der „Partei neuen Typs“ den „Begründungsrahmen für eine organisierte kommunistische Elite“ und eine „professionelle politische Führungsschicht“ (ebd., S. 43) schuf, aber letztlich bleiben diese und andere Einsichten in die Herrschaftsausübung durch Parteieliten konzeptionell folgenlos für die definitorischen Bemühungen der jüngeren zeithistorischen Erforschung staatssozialistischer Eliten. Offensichtlich deutet sich hier die Tendenz an, dass die neuere zeithistorische Forschung in dem Bestreben, einen radikalen Neuanfang bei der Erforschung kommunistischer Systeme zu wagen, hinter theoretischen Einsichten zurückbleibt, die die in vielerlei Hinsicht restringierte For-

sung von 1989 bereits hatte. Selbst auf die Gefahr hin, sich der Verwendung (unzulässiger?) „systematisierender Raster“ schuldig zu machen, soll hier noch einmal daran erinnert werden, dass auch eine offene, differenzierte und gesellschaftsbezogene Erforschung der Eliten in kommunistischen Gesellschaften zwei Grundeinsichten der Vergangenheit nicht ignorieren sollte: Zum einen die Einsicht in die historische Novität des Leninismus – als Politische Ideologie, als Bewegung und als System –, der zu den folgenreichsten elitistischen Phänomenen des 20. Jahrhunderts gehörte. Die Geschichte der DDR ist gerade unter dem zentralen Aspekt ihres Herrschaftssystems Teil der globalen Geschichte des Leninismus, die 1902/3 mit Lenins Schrift „Was tun?“ begann und 1989-92 endete. Lenin stellte nicht nur den marxischen Materialismus und Ökonomismus wieder von den Füßen auf den Kopf, d.h. er begründete im Namen Marx‘ nicht nur den Primat der Politik gegenüber der Ökonomie. Lenin radikalisierte und universalisierte nicht nur den marxischen Ideologie-Begriff: alles wurde Ideologie und Ideologie Mittel im Klassenkampf. Vor allem spitzte er das jakobinistische Element im Marxismus zu, konzipierte und schuf bis 1910 mit der „Partei neuen Typus“ eine äußerst elitistische „Kampfpartei“, in der man mit A. Heller den Nukleus der leninistischen Systeme des 20. Jahrhunderts sehen kann. In seiner 1952 erstmals erschienenen soziologischen Analyse der bolschewistischen Partei hob Philip Selznick hervor: „Mitgliedschaft in der Kaderpartei bedeutet nicht Wahrnehmung einer politischen Rolle im herkömmlichen Sinne, sondern die Festlegung und Formung des gesamten Lebens eines Individuums – einschließlich seiner politischen Aktivitäten“ (Selznick 1960, S. 28). Mit der Gründung der Komintern und der auf deren zweitem Kongress erfolgenden Formulierung der Bedingungen für die Mitgliedschaft wurden die Organisationspraktiken der Bolschewiki auf die anderen kommunistischen Parteien übertragen. Stalin hat die Konstitution eines bolschewistischen Herrschaftssystems praktisch und theoretisch zu Ende geführt und damit das Modell geschaffen, das für alle kommunistisch dominierten Systeme in seinen Grundzügen Verbindlichkeit erlangen sollte. Er erhob den Avantgardeanspruch gegenüber allen Organisationen und Institutionen der Gesamtgesellschaft. Die KPD vor 1933 vollzog spätestens seit 1925 unter der Losung der „Bolschewisierung“ diese Entwicklungen nach. Sie bereitete sich auf die Illegalität vor, schuf Geheimapparate, kämpfte gegen Abweichler von links und rechts und inkorporierte damit kollektiv die Erfahrungen, die kommunistische Parteien kennzeichneten.

Die in der Komintern gemachten Erfahrungen und der dort habituell verankerte Politikstil prägten in der Tat auch jene Generation deutscher Kommunisten, die dann maßgeblich für den Aufbau der Herrschaftsstruktur der DDR waren (Generation der Altkommunisten).

Zum anderen muss auch die postmortale Elitenforschung ihren Ausgangspunkt von der unbestreitbaren Tatsache nehmen, dass kommunistische Herrschaft Herrschaft durch Parteieliten war, ein Terminus, den man bei Bauer-

kämpfer u.a. und Hübner vergeblich sucht. Er ist aber der Schlüssel zur Spezifik des Elitenproblems in staatssozialistischen Gesellschaften, auch wenn man den Schlüssel weder für das Schloss noch die Tür halten sollte. In der Tat gab es in kommunistischen Systemen keine systemeigenen Eliten im herkömmlichen Sinne, wenn man nicht berücksichtigt, dass Parteieliten *Organisationseliten* waren, deren Rekrutierung, Elitenstatus und Niedergang völlig von der institutionellen Struktur des Parteistaates abhingen. Zu einem adäquaten Verständnis der Eliten im kommunistischen Parteistaat gelangt man nur, wenn man das Zusammenwirken von wenigstens drei Ebenen oder Elementen der politischen Struktur oder Machtstruktur der kommunistischen Einparteiherrschaft berücksichtigt. 1. Den institutionalisierten Mythos der „führenden Rolle der Partei“; er erklärt auch die Ambivalenz von Egalitarismus und Elitismus im „proletarisierten Habitus“ der Mitglieder der politischen Machtelite, die eben nur durch ihre Teilhabe an der Partei Elitestatus hatten und beanspruchen konnten; 2. den Apparat des Parteistaates, dessen Selektions- und Rekrutierungsfunktion für die Elitenformierung zu den Desideraten der Forschung gehört; schließlich 3. den Komplex der nichtoffiziellen und informellen Machtmechanismen, der intendierte wie nichtintendierte Folge der beiden ersten Komponenten war. Ignoriert man diese institutionelle Dimension der Elitenstruktur, dann bleibt vom „Vorsitzenden des Staatsrates, Generalsekretär ... usw.“ nur – Erich Honecker, usw., usf. Es stellt sich dann folgerichtig die Frage: „Gesellschaft ohne Eliten?“

Differenzierungs- und ungleichheitstheoretische Annahmen inspirieren das Forschungsprojekt „Führungsgruppen und gesellschaftliche Differenzierungsprozesse in der DDR“ von H. Best und S. Hornbostel, das vielleicht das anspruchsvollste und vielversprechendste historisch-soziologische Unternehmen zur Untersuchung der Elitendifferenzierung einer staatssozialistischen Gesellschaft ist (Best/Hornbostel o. J.; Best/Hornbostel 1998; Best 2001; Hornbostel 1999). Auf der Grundlage der Auswertung des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR verfolgten Best/Hornbostel das Ziel, „die Rekrutierungsmuster und die Determinanten der Persistenz und Mobilität des Führungspersonals in der Spätphase der DDR ... zu rekonstruieren.“ (Best/Hornbostel o. J., S. 4). Das Datenmassiv des Zentralen Kaderdatenspeichers eröffnet den Forschern den Zugang zu allen wichtigen Bereichen der DDR-Gesellschaft, mit Ausnahme des Sicherheitsbereiches und des Parteiapparates, die aber durch zusätzliche Erhebungen berücksichtigt werden (vgl. Best/Hornbostel o. J.). Untersuchungspopulation sind somit die „oberen 170-Tausend der DDR“ (Best), die über das Kriterium „Innehaben einer Hierarchieposition von der Abteilungsleiterebene an aufwärts“ eingegrenzt werden. Das Variablenprogramm berücksichtigt einerseits die Funktionsbereiche des Kadersystems der DDR (Zentrale Staatsorgane, Industrie, Wissenschaft, Kultur, Medien) und andererseits kaderpolitisch relevante „Platzierungsdeterminanten“ wie Bildungsabschlüsse, soziale und politische Herkunft, Geschlecht. Die ersten und

vorläufigen Befunde des Projekts bestätigen in eindrucksvoller Weise für die Funktionseliten der DDR die Ausbildung und Verfestigung einer eher ständisch geprägten Ungleichheitsordnung, „deren primärer modus operandi die Art und Dichte der Bindung an die Macht bildete“ (Best 2001, S. 12): Die Feststellung, dass „Politisches Kapital“ dominantes „Differenzierungsprinzip im Staatssozialismus“ (P. Bourdieu) war, ist natürlich nicht neu (vgl. nur Bourdieu 1991): Best et al. gewinnen aber korrespondenzanalytisch ein detailliertes Bild von der sektoralen Umsetzung der Machtdifferenzierung: „Wir sehen die Funktionsbereiche der politisch-justiziellen Machtexekution im Herrschaftsbezirk der Ergebniskonfiguration platziert, umgeben von jenen Indikatoren, die auf die biographisch direkt und familial indirekt vermittelte Bindung der Kader an den Parteiapparat verweisen. Die Funktionsbereiche der Wirtschaft gruppieren sich – mit Ausnahme des Außenhandels – im Feld der niedrigen und berufsbezogenen Abschlüsse. Sie sind zudem – und dies war nicht zu erwarten – überwiegend in Distanz zum „Machtpol“ der Herrschaftsdimension lokalisiert. Kultur, Wissenschaft und Soziale Dienste wiederum sind im Feld der höherrangigen Bildungszertifikate und – mit Ausnahme der Volksbildung – eher machtfern platziert. Die Gesamtkonfiguration ist also subsystemisch differenziert, wobei die Platzierungslogiken „Qualifikation“ und „Loyalität“ die Differentiatoren bilden.“ (Best 2001). Die Hauptdifferenzierungslinien der DDR-Funktionseliten blieben im Wesentlichen auch in der Kohortenfolge – Best et al. unterscheiden als Großkohorten „die vor 1940 Geborenen“ und „die seit 1940 Geborenen“ – die gleichen, wobei sich im Einzelnen gewisse Verschiebungen beobachten lassen (vgl. Best 2001). Insgesamt lässt sich für die DDR von „drei wesentlich abgrenzbare(n), durch Konnubium und Anciennität verestigten sozialen Formationen“ (Best 2001), der „Partei Aristokratie“, der Intelligenz und der „Formation der Parteifernen“ sprechen, wobei das vielleicht spektakuläre Ergebnis von Best et al. in der Feststellung zu sehen ist, „dass das Gewicht der Dimension „Bildungsstatus“ in der Kohortenabfolge abnimmt, bei einem gleichzeitigen Bedeutungsgewinn der Dimensionen „Machtordnung“ und „Gender“. Innerhalb aller drei Dimensionen nimmt der Erklärungsbeitrag der Sozialen Herkunft zu, worin die Bedeutungszunahme hereditärer und askriptiver (= Geschlecht) Komponenten zum Ausdruck kommt.“ (Best 2001, S. 15).

Sollten sich die Befunde aus dem Jenenser Funktionseliten-Projekt bestätigen, so wäre darin zunächst einmal eine Erweiterung und Bestätigung all derjenigen Ansätze zu sehen, die in der Vergangenheit für die poststalinistischen Industriegesellschaften von eigentümlichen – systemeigenen – sozialstrukturellen Präbendialisierungsprozessen ausgingen (z.B. Teckenberg 1977; Jowitt 1983; Meier 1990; Staniszkis 1991; Szelenyi 1991; Ettrich 1992).

Best et al. sprechen von „(dys-)funktionaler Differenzierung“, wobei unklar bleibt, hinsichtlich welcher Bezugsprobleme hier von Funktionalität oder Dysfunktionalität auszugehen wäre. Zweifellos aber ist richtig, „dass wir es ... mit

paradoxalen, und das heißt: ungeplanten Effekten der Alterung eines staatssozialistischen Systems zu tun haben. Zuschreibung und Erblichkeit sind jedenfalls keine Platzierungskriterien, die mit sozialistischem Selbstverständnis und der kühnen Vision einer Annäherung von Klassen und Schichten konform gehen.“ (Best 2001, S. 16).

Nun verbinden aber H. Best und S. Hornbostel ihre überaus interessanten und wichtigen Befunde über die paradoxalen sozialstrukturellen Differenzierungsmuster in der DDR der 80er Jahre mit einem viel weitgehenderen theoretischen Anspruch: S. Hornbostel nimmt die Ergebnisse der „vorläufigen Analyse des Kaderdatenspeichers“ zum Anlass, grundlegende Einsichten des bisherigen Forschungsstandes überhaupt infrage zu stellen: „Die Vorstellung einer entdifferenzierten Gesellschaft, die mit ihrem Egalitätsanspruch die Ausbildung sektoraler Eliten – auch in relativer Distanz zur Politik – verhindert habe ... findet wenig Rückhalt in den Strukturinformationen des Kaderdatenspeichers“ (Hornbostel 1999, S. 205). Nun wäre natürlich zu fragen, wer die von Hornbostel zurückgewiesene „Vorstellung“ überhaupt je vertreten hat. Bei S. Meuschel, deren grundlegende Studie von Hornbostel wiederholt als Beleg der kruden Entdifferenzierungsthese angeführt wird – und die ohne Zugriff auf den Kaderdatenspeicher auskommen musste – findet sie sich jedenfalls nicht. Dort liest man stattdessen: „Aber obwohl der Parteistaat Ökonomie und Gesellschaft als einen auf das Telos hin planbaren Gesamtzusammenhang dachte und behandelte, waren doch intermediäre Institutionen und ihre sachverständige Leitung notwendig, die Parteibürokratie musste sich daher auf eine Kooperation mit Fachleuten und auf das Risiko der partiellen Freisetzung teilsystemischer Eigenlogiken einlassen. Sie verzahnte zwar Fach- und ideologische Bürokratien derart miteinander, dass das materiale Moment das formal-rationale stets dominierte, doch der grundsätzliche Widerspruch blieb bestehen und drohte ... sich immer erneut zu aktualisieren.“ (Meuschel 1992, S. 13). Das Prozessieren dieses Widerspruchs, den man gut marxistisch als „Grundwiderspruch“ des Realsozialismus bezeichnen könnte, bestimmte in der Tat die Geschichte und den systemeigenen Krisenzyklus der Gesellschaft sowjetischen Typs. Er lässt sich mit Sicherheit nicht aus dem Kaderdatenspeicher rekonstruieren. Es ist auch nicht richtig, wenn Hornbostel behauptet, bisher sei „weitgehend offen, ob und wie die DDR-Gesellschaft Ansätze zu einer ... Verbindung von Differenzierung bei gleichzeitiger Implementation von Fremdlogiken in den Teilsystemen bewerkstelligt hat“ (Hornbostel 1999, S. 181). Vielmehr kann man gerade im Gegenteil behaupten, dass dieses Problem im Zentrum der sozialwissenschaftlichen Diskussion über die poststalinistischen staatssozialistischen Gesellschaften stand. In der Tat sind damit aber zwei Grundprobleme einer theoretisch informierten historischen Soziologie des Staatssozialismus angesprochen. Zum einen geht es um das spezifische Verhältnis von funktionaler (Ent-) Differenzierung und übergreifenden Schichtungsverhältnissen in dieser sozialen Formation. Dabei kann der Befund einer „sektoral und positional differenzierten DDR-Gesellschaft“, in der es

differenzierten DDR-Gesellschaft“, in der es selbstverständlich zur „Herausbildung politikferner Eigenrationalitäten“ oder – im Falle traditioneller Industriegesellschaften wie Ostdeutschland, Böhmen und Mähren – zur Persistenz solcher Eigenrationalitäten gekommen ist, keineswegs per se als Widerlegung der „Entdifferenzierungsthese“ angesehen werden. Zum anderen geht es – Stichwort „Fremdlogiken“ – um das Problem, ob die poststalinistischen Gesellschaften sowjetischen Typs überhaupt so etwas wie eine kohärente systemische Identität und selbstgenerierte Dynamik aufwiesen. Mit M. Zeleny (1985) und J. P. Arnason (1993) gehe ich davon aus, dass sich Gesellschaften sowjetischen Typs systemtheoretisch nicht als autopoietische, sondern nur als allopoietische Systeme konzeptualisieren lassen.

2. Das Paradox von Differenzierung und Entdifferenzierung

Die Feststellung, dass es sich bei Gesellschaften sowjetischen Typs um – zumindest tendenziell oder partiell – entdifferenzierte Gesellschaften gehandelt habe, gehört heute zu den gesellschaftstheoretischen Grundannahmen in den Debatten über den untergegangenen Staatssozialismus. M. Rainer Lepsius legte 1994 eine analytische Skizze der Institutionenordnung der DDR, die sich auch als für die historische Forschung anschlussfähige Fassung der soziologischen Entdifferenzierungsthese lesen lässt. Man kann durchaus sagen, dass sie institutionenanalytisch die Regime- und Systemidentität aller Gesellschaften sowjetischen Typs erfasst (vgl. Lepsius 1994, 1995a, 1995b). Die DDR war infolge ihrer fehlenden kulturellen Identität und ihrer vollständigen existentiellen Abhängigkeit von der Sowjetunion empirisch vielleicht die weitestgehende Annäherung an das stalinistische Grundmodell. Lepsius umreißt die Institutionenordnung der DDR in sechs Punkten: 1. Institutionalisiertes Machtmonopol der kommunistischen Partei (SED) mit der Folge der Entdifferenzierung und Fusion von Wertsphären und Institutionen. Mit Ausnahme der Religion unterstanden alle anderen gesellschaftlichen Teilbereiche – Staat, Recht, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst – der „Kompetenz-Kompetenz“ der Kommunistischen Partei. „Die Konsequenz dieser Situation ist eine unmittelbare Bezogenheit der Interessenbildung und der Interessendurchsetzung auf die Partei, ihre Programmlinie, Zuständigkeit und Organisationsstruktur. Durch die mangelnde institutionelle Differenzierung gibt es keine parteineutralen Räume für die Willensbildung und Entscheidungsfindung. Es stehen dafür keine von der Parteilinie unabhängigen Wertbegründungen zur Verfügung, in deren Namen und unter deren Schutz legitime Entscheidungen gegen die Parteilinie getroffen werden könnten“ (Lepsius 1994, S. 19f.). 2. Die institutionelle Entdifferenzierung und Fusion führt zur Geltungsminderung von differenzierten Rationali-

tätskriterien bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung, insbesondere der Kriterien wirtschaftlicher Effizienz und rechtlicher Zulässigkeit. Der Machterhalt der Partei ist das zentrale Rationalitätskriterium, das sich wirtschaftlich im Kriterium nominaler Planerfüllung und sozial in der Absicherung der Lebenslage manifestiert. „Planerfüllung“ und Hebung des Lebensstandards richten sich auf Legitimitätssicherung des politischen Regimes und die Erfüllung sozialistischer Systemeigenschaften 3. Das institutionalisierte Machtmopol der KP manifestiert sich im typisch zentralistischen Organisationsmodell staatssozialistischer Gesellschaften. Partei, Staat, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, aber auch Sport und das Jagdwesen wurden als „hierarchisch gestufte Großorganisationen“ zentral gesteuert. Das bedingt die für sozialistische Bürokratien typischen Züge wie Fragmentierung und Personalisierung der Willensbildung und Entscheidungsfindung, Entscheidungsunwilligkeit und Verantwortungslosigkeit, Primat der Systemloyalität gegenüber Sachkompetenz. 4. Die Elitenbildung folgte dem Nomenklaturprinzip; Selektionsmechanismen wie Vererbung, Markterfolg und freie Wahl fehlten. Nach der Beseitigung sozialer Eliten dominierte eine ideologisch relativ homogene und immobile Funktionselite, die durch politische Kooptation für höhere Positionen und durch bürokratische Beförderung für mittlere Kader rekrutiert wurde. 5. Gesellschaften sowjetischen Typs verfügten nicht über intermediäre Organisationen. „Das Führungsmonopol der SED, die Fusion von Partei- und Staatsapparat, die Verstaatlichung der Wirtschaft erlaubten keine Ausdifferenzierung von Interessengruppen, -verbänden und Organisationen mit eigener Willensbildung“ (Lepsius 1994, S. 28). Das galt von den Gewerkschaften bis zum Kleingarten- und Kaninchenzüchterverband. Die Konformität der Machtunterworfenen war nicht notwendig „ideologisch motiviert“, sondern mit den spezifischen parteistaatlichen Inklusionsmechanismen institutionell strukturiert.

Alle staatssozialistischen Regime durchliefen in ihrer Geschichte wenigstens drei elitengesteuerte Entwicklungsphasen: Die erste war die Transformation der Ausgangsgesellschaften im Sinne des Machterwerbs durch Eliminierung der politischen und militärischen Gegeneliten; die zweite war die Konsolidierungsphase der Schaffung der Grundlagen eines neuen politischen Systems und einer neuen „Gemeinschaft“, die der Partei den ausschließlichen Zugriff auf die Entwicklung und Definition von Institutionen, Werten und Alltagspraktiken sicherte. Die dritte Phase war die einer Neudefinition des Verhältnisses von Partei und Gesellschaft durch Inklusionsmechanismen (implizite Sozialverträge; korporatistische Strukturen; „Mitgliedschaftsstatus“ mangels Staatsbürgerschaftsstatus“ etc.). 6. Schließlich betont Lepsius, dass die fehlende ausdifferenzierte Öffentlichkeit eine „Schließung der zugelassenen kognitiven Situationsdefinitionen“ bedingte.

Lepsius skizziert mit diesen sechs Merkmalen die „Institutionenordnung“ der DDR; dies entspricht weitgehend dem, was J. Kornai in seiner korrespondierenden ökonomischen Analyse „Das sozialistische System. Die politische

Ökonomie des Kommunismus“ (1992/1995) die „Anatomie des klassischen Systems“ genannt hat. Institutionenanalytisch bieten Gesellschaften sowjetischen Typs ein Bild der Entdifferenzierung, Fusion und Institutionen-Armut. Im Grunde ist die Systemintegration unter diesen institutionellen Rahmenbedingungen vom Parteistaat und seinen Apparaten zu leisten, der sich wirtschaftlich als redistributive Kommando- oder Mobilisierungswirtschaft und kulturell als Erziehungsdiktatur und „Diktatur über die Bedürfnisse“ darstellt. In dieser „Institutionenordnung“ gibt es nur ein positiv definiertes Element: Die spezifische politische Institution und Organisation der kommunistischen Partei oder „Partei neuen Typus“. In der Tat ist die institutionelle Innovation, die der Bolschewismus oder Leninismus hervorgebracht hat, in dieser Monopolpartei zu sehen, die sich dem herkömmlichen Verständnis politischer Parteien entzieht. Die institutionelle Armut und organisatorische Rigidität leninistischer Systeme führte von Anfang an zu erheblichen Dysfunktionen und Desintegrationerscheinungen. So verweisen jüngere Studien über die Hochzeit des Stalinismus darauf, dass dieser keineswegs als so totalitär-monolithisch angesehen werden kann, wie dies häufig geschieht. Die stalinistische Sowjetunion war in vielerlei Hinsicht eine desorganisierte und dysfunktionale Gesellschaft (vgl. Filtzer 1992).

Als die „Entdifferenzierungsthese“ Anfang der 90er Jahre zur rekonstruktiven Grundannahme der einsetzenden Transformationsforschung über die postkommunistischen Wandlungsprozesse wurde, war sie keineswegs neu. Vielmehr handelte es sich um eine „unabhängige Mehrfachentdeckung“ (R. K. Merton), die sich vor allem dem Umstand verdankte, dass sich unter dem Druck der Ereignisse nunmehr auch das Zentrum des Faches Soziologie einem bis dahin weitgehend gemiedenen Gegenstand zuwandte. Es soll hier aber gar nicht um die individuelle Zurechenbarkeit der differenzierungstheoretischen Grundthese über Gesellschaften sowjetischen Typs gehen. Wichtig ist mir lediglich der Hinweis, dass die Diskussion über den differenzierungs- und modernetheoretischen Charakter des real existierenden Sozialismus mindestens ein Jahrzehnt vor dessen Zusammenbruch einsetzte und Teil einer breiten kulturellen Um- und Neubewertung des Gesellschaftsmodells sowjetischen Typs war. Als vielleicht wichtigster Referenztext dieser kulturellen und epistemologischen „rupture“ kann die Analyse des Sozialismus sowjetischen Typs angesehen werden, die einige Vertreter der „Budapester Schule“ 1983 unter dem Titel „Dictatorship over Needs“ vorlegten (Fehér/Heller/Márkus 1983; deutsch 1983; Vajda 1991). Von den zahlreichen modelltheoretischen Annahmen, die Fehér/Heller/Márkus unter dem eher metaphorischen Titel einer „Diktatur über die Bedürfnisse“ entwickelten, ist in diesem Zusammenhang die am interessantesten, die die Gesellschaften sowjetischen Typs als rein „politische Gesellschaften“ charakterisiert: „Totalitäre Gesellschaften sind rein politische Gesellschaften, obgleich umgekehrt nicht alle politischen Gesellschaften totalitär sind. Der Begriff der politischen Gesellschaft umschreibt die Identität von

privater und öffentlicher Sphäre, die Identität des Menschen mit dem Bürger oder Untertan. Es handelt sich um eine Gesellschaft, in der es keine staatsfreien Räume gibt. Allerdings ist die politische Gesellschaft nur in dem Maße totalitär, wie diese Identität nicht organisch entstanden ist, sondern willkürlich einem gesellschaftlichen Zustand aufgestülpt wurde, in dem die Trennung von Staat und Gesellschaft bereits vollzogen war. Staat und Gesellschaft werden also zwangsweise wieder zusammengeführt, und zwar durch eine zentrale Gewalt, die eine von vielen politischen Optionen repräsentiert und alle anderen mit Gewalt unterdrückt. In der totalitären Gesellschaft geht folglich die Identifikation des Öffentlichen und des Privaten Hand in Hand mit der staatlichen Definition von Ideologien und politischen Betätigungsfeldern, die dem Untertan eindeutig vorgeschrieben werden.“ (deutsch 1983, S. 189; 1983, S. 162). Zentrales Merkmal *dieser* Form der totalitären Herrschaft ist die Abschaffung bzw. Unterdrückung von „politischem Pluralismus“. Sie kann daher nur so lange „funktionieren“, wie es gelingt, eine unabhängige ökonomische, politische Interessenartikulation zu unterdrücken. Differenzierungstheoretisch ist somit die Aufhebung der Autonomie gesellschaftlicher Subsysteme wie Wirtschaft, Recht, Kultur usw. konstitutiv für kommunistische Parteiherrschaft. Ungleichheitsanalytisch ist die weitestgehende Monopolisierung gesellschaftlicher Ressourcen Voraussetzung für das Funktionieren dieser Herrschaftsform. Heller/Fehér/Markus haben auch versucht, die sozialstrukturellen Folgen dieser Entdifferenzierungspolitik zu erfassen. Sie sehen die Sozialstruktur von Gesellschaften sowjetischen Typs durch das Zusammenwirken von Prozessen der „etatistischen Homogenisierung“, der Dichotomisierung und der „Interaktion mehrdimensionaler Teilinteressen entlang der Linien der gesellschaftlichen Arbeitsteilung“ (1983, S. 154; vgl. S. 128-157) gekennzeichnet. Bestritten wird hier nicht, dass es Rollendifferenzierung oder organisationelle oder sektorale Differenzierungen im Staatssozialismus gegeben hat. Im Gegenteil: „Die Trennung der verschiedenen Funktionsbürokratien in Übereinstimmung mit unterschiedlichen Sektoren und Segmenten des Gesellschaftslebens entspricht nicht nur bloßer Formalität und ist keine bloße Oberflächenerscheinung. Zwar kann keine von ihnen jemals Autonomie erlangen, aber sie sind auch keine wohlgeölten Rädchen in der Maschinerie der Macht, die harmonisch zusammenwirken oder ineinander greifen. Die Teilbürokratien entwickeln notwendig ihre eigenen partikularen Interessen. Gegen die Forderung nach gegenseitiger Ergänzung enthält ihr Verhältnis zueinander Momente der Konkurrenz, und sie tragen diese Konkurrenz in je spezifischen Verhandlungsformen aus. Es ist ein beachtenswerter Gesichtspunkt, dass dieses Element aus der Sicht der Idealform des Systems zwar eine Anomalie ist, in Wirklichkeit aber als unvermeidlich, ja als organischer Bestandteil interpretiert werden muss. Dass jede bürokratische Teilstruktur ihre eigenen immanenten Einzelinteressen entwickelt, folgt teilweise aus den dem hierarchischen Aufbau eigenen Gesetzmäßigkeiten.“ (Heller/Fehér/Markus 1983, S. 131 f.)

Die horizontale und positionale Interessendifferenzierung ist die notwendige Kehrseite der politisch durchgesetzten systemischen Entdifferenzierungspolitik kommunistischer Machteliten. Dabei ist es natürlich eine historisch-empirische Frage, die zudem noch länderspezifisch beantwortet werden muss, wie und inwieweit dieser „widersprüchliche“ Grundzug der Monoorganisationsgesellschaft (Rigby) Realsozialismus stabil prozessiert werden konnte. D. Lane, ein Nestor der Elitenforschung, hat für die Sowjetunion zwischen 1985-92 eindrucksvoll gezeigt, dass die Interessendifferenzierung zwischen Partei- und staatlichen Eliten ganz wesentlich zum Scheitern der Reformpolitik Gorbatschows beitrug (Lane 1996a).

Für die DDR hat S. Meuschel grundlegende Elemente der theoretischen Analyse des Realsozialismus durch Heller/Fehér/Markus in ihrer Studie über „Legitimation und Parteiherrschaft“ aufgegriffen (vgl. Meuschel 1992, S. 9-15, 341, Fn. 1 und 2). Ich halte Meuschels Gesamtkonzeption, in der ja die integrativen Funktionen des staatssozialistischen Legitimationsmodus (und dessen Wandel) im Zentrum stehen, noch immer für gültig. Ihre Annahmen über das „Wechselspiel zwischen Entdifferenzierung und Redifferenzierung“ (Meuschel 1992, S. 12) treffen das Grundproblem partokratischer sozialistischer Gesellschaften. Sie stehen nicht im Widerspruch zu den bisherigen Befunden des Jenenser Elitenprojekts. Sie ergänzen die Annahmen über die horizontale und positionale Differenzierung der Funktionseliten in der DDR in analoger Weise wie Aussagen über systemische Differenzierungsprozesse durch ungleichheitsanalytische Differenzierungsbefunde bereichert werden können (vice versa).

3. Informalisierung und Einbau von „Fremdlogiken“

Gesellschaften sowjetischen Typs sind nach 1989 vor allem modernetheoretisch, differenzierungstheoretisch und institutionenanalytisch charakterisiert worden. Jede dieser disjunkten gesellschaftstheoretischen Perspektiven erhellt im impliziten Vergleich mit westlichen Gesellschaften defizitäre Aspekte des zusammengebrochenen Gesellschaftstyps. Die modernetheoretische Kennzeichnung des realen Sozialismus als „fake modernity“ kontrastiert ausgehend von kulturell-zivilisatorischen Komponenten (Gewohnheiten, Symbole, Mentalitäten, Handlungsrouniten und -rituale) radikal binär östliche Gesellschaften und Westliche Moderne (Zivilisatorische Inkompetenz vs. Zivilisatorische Kompetenz, etc.) (vgl. Sztompka 1995). Sztompka hat keine Probleme dabei, von einer einheitlichen *Blockkultur* zu sprechen: „The imposition of similar institutional and organizational forms, similar life-ways, similar ideologies on a number of nation-states in Eastern and Central Europe, and their enforcement for several generations, enabled the communist system to create a common cultural framework over and above distinct national cultures and relatively insulated against wider global culture: the unique set of values, rules, norms,

codes, standards that typify the bloc as a whole, namely the *bloc culture*. Even though there were obvious national variants in the manner in which these cultural precepts were implemented (the GDR was not the same as Hungary, Poland was not the same as Czechoslovakia, and so on), fundamental, underlying commonalities could be discerned. Life under communism produced a unique legacy, a peculiar cultural-civilizational syndrome“ (ebd., S. 240). Der Umbau der postkommunistischen Gesellschaften erscheint bei Sztompka als Transformation der „vorgetäuschten Moderne“ des realen Sozialismus in die „authentische Moderne“ der entwickelten demokratischen Gesellschaften des Westens.

Differenzierungstheoretische Beschreibungen des sowjetischen Vergesellschaftungsmodus kreisen natürlich um dessen unübersehbare Entdifferenzierungsphänomene. Wenn sich moderne westliche Gesellschaften durch vertikale und horizontale Differenzierung, die Institutionen des organisierten Kapitalismus und die Entwicklung separierter institutioneller, normativer und ästhetischer Wertsphären kennzeichnen lassen, dann erscheinen Gesellschaften sowjetischen Typs vor allem als Abweichung vom Modell funktional differenzierter Gesellschaften. Es ist strittig, ob sich Gesellschaften sowjetischen Typs überhaupt als geschlossen operierende Einheiten der Komplexitäts- und Risikoreduktion thematisieren lassen (vgl. Arnason 1993, S. 27). Es ist unstrittig, dass mit der politisierten Wirtschaft ein dauerhaftes, rationalitätsminderndes funktionales Entdifferenzierungsproblem in diesen Gesellschaften vorlag, das das „politische Subsystem“ chronisch überforderte. Es ist ungeklärt, wie sich Gesellschaften sowjetischen Typs angesichts der residualen Funktion von Geld und der hypertrophierten Funktion von Macht medientheoretisch konzeptualisieren lassen.

Die Sowjetunion und die anderen Gesellschaften sowjetischen Typs waren stets und in wachsendem Maße auf *systemfremde Anpassungsstrategien* (Fremdlogiken) angewiesen, um zu überleben. Durchforstet man die breitgefächerte Literatur, die in den vergangenen Jahrzehnten zur Konzeptualisierung von Gesellschaften sowjetischen Typs unter dem Gesichtspunkt ihrer institutionellen Verfasstheit und der dadurch erzwungenen Anpassungsstrategien entstanden ist, dann lassen sich mindestens drei Zugangsweisen unterscheiden, die Stabilitäts- und Zusammenbruchsaspekte kombinieren. Ich fasse sie als Substitutions-These (1), Hybridisierungs-These (2) und Informalisierungs-These (3) zusammen.

1. Substitutions-These

Nach der „Substitutionsthese“ (vgl. Jowitt 1992) war der Leninismus als Ideologie, als politische Bewegung und „Partei neuen Typus“ und schließlich als etabliertes politisches und ökonomisches „System“ (oder „Nicht-System“) in einigen peripheren Ländern mit ruraler Sozialstruktur und nichtfeudalen Traditionen ein wirksames institutionelles Substitut für jenen Typus von Klassenge-

sellschaft und Klassenstruktur, der im 19. Jahrhundert in den westeuropäischen Industriegesellschaften entstand. Diese institutionelle Innovation knüpfte in einigen Aspekten an die institutionelle und kulturelle Struktur der bäuerlichen Statusgesellschaften an, in denen sie Platz griff, zerstörte diese aber auch in wesentlichen Aspekten. Die stalinistische Kollektivierung ist in dieser Lesart ein Prozess der institutionellen Substitution von sozialen Eliten durch „Organisations-Eliten“ und vor allem von sozialen Produktionsweisen (bäuerliche Haushalte, Dorfgemeinschaften, etc. als Institutionen und Formen sozialer, wirtschaftlicher und politischer Machtausübung) durch formale Organisationen leninistischen Typs (Sowchosen, Kolchosen als korporative Gruppen), die den sozialen und kulturellen Handlungsrahmen bildeten. Kollektivierung, Industrialisierung und Bildungsrevolution sind also nicht nur als politische und wirtschaftliche Zerstörung der Existenzgrundlagen von Grundbesitzern und Kulaken und als Maßnahme forcierter Industrialisierung zu verstehen. Es handelt sich vor allem auch um wirksame Attacken auf die sozialen Institutionen und kulturellen Orientierungen der bäuerlichen Gesellschaft.

Die leninistische Partei und das leninistische Regime werden bei diesem Ansatz als eine institutionell neuartige Konfiguration von charismatischen, traditionellen und modernen Elementen charakterisiert. Die leninistische politische Organisation ist eine Kombination ständischer (traditionaler) und klassenförmiger (moderner) Elemente im institutionellen Bezugsrahmen einer unpersönlich-charismatischen Organisation. Traditionale Züge trägt beispielsweise die ausgeprägte Tendenz leninistischer Parteien, zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern strikt zu differenzieren, oder die ausgeprägte Betonung der Sicherheits- und Protektionsfunktion, die von der Zugehörigkeit zu einer klar abgegrenzten und geschlossenen Gruppe ausgeht. Auch die Betonung der „Einzelleitung“ und die zeitweise faktisch unbegrenzte Konzentration von Macht in den Händen einzelner „Kader“ haben durchaus traditionale oder patrimoniale Ursprünge. Modern dagegen sind die Klassenorientierung, die Wissenschafts- und Technikgläubigkeit und die Planungseuphorie. Zentral freilich ist das Selbstverständnis leninistischer Parteien als Organisationen von Berufsrevolutionären: Revolution und Beruf, individueller Heroismus und leidenschaftsloser Dienst an der Sache, revolutionärer Heroismus als unpersönlicher Dienst an der Sache im Rahmen eines spezifischen politischen Verbandes, dies ist tatsächlich ohne historisches Beispiel. Die Leninistische Partei kombinierte Heroismus und Unpersönlichkeit, charismatische Willkür (d. h. Antipathie gegenüber rationalen Verfahren und Kalkulierbarkeit) mit dem Anspruch auf rein rationale wissenschaftliche Analyse der Gesetze und des Ganges der Geschichte. Dieses historisch neuartige Amalgam von „Leitideen“ im Sinne der Institutionenanalyse von M. Rainer Lepsius manifestierte sich am sinnfälligsten in der Formel von der „Parteilinie“.

Im Rahmen dieses Ansatzes lässt sich der Verfall bzw. Zusammenbruch der leninistischen Parteiherrschaft als ein endogener Wandlungsprozess der kom-

unistischen Partei im Anschluss an M. Webers Konzeption der Veralltäglic-
hung (hier Präbendalisierung) von Charisma konzeptualisieren (vgl. Jowitt
1992 (1983), S. 121-158; dazu: Ettrich 1992). Dieser Wandel setzte nicht erst
1989 ein, sondern durchzog im wachsenden Maße die gesamte poststalinisti-
sche Geschichte dieser Systeme durch die Ersetzung oder Überlagerung des
„heroischen“ und „selbstlosen“ Einsatzes bei der Verwirklichung der „Parteilini-
e“ durch die rationale Verfolgung persönlicher Interessen bei Teilen der
politischen Elite und des Partei- und Staatsapparates. Er brachte den allmähli-
chen Verlust der Fähigkeit des Parteistaates mit sich, Gehorsam und Disziplin
bei den eigenen Funktionären zu erzwingen.

2. Hybridisierungs-These

Die These vom hybriden Charakter staatssozialistischer Gesellschaften besagt
im Grundsatz, dass diese Systeme infolge ihrer institutionellen Defizite ge-
zwungen waren, „Anleihen“ bei anderen, systemfremden Arrangements vorzu-
nehmen. Dabei geht es zum einen um die Folgewirkungen der selbstgesteuerten
Reformversuche leninistischer Systeme („NÖP“; „Neues System der Leitung
und Planung“; Preis- und Marktreformen; aber auch: „Arbeiterselbstverwal-
tung“ oder „Marktsozialismus“; „Perestroika“), zum anderen geht es um spon-
tane Institutionalisierungsprozesse im Gefolge wirtschaftlicher und politischer
Liberalisierungstendenzen. Dafür steht vor allem das breit diskutierte
Phänomen der „zweiten Wirtschaft“ (vgl. Grossmann 1977; vor allem: Róna-
Tas 1990) und der „zweiten Gesellschaft“ (vgl. Hankiss 1988).

1990 charakterisierte Elemér Hankiss die späte staatssozialistische Gesell-
schaft als eine „hybride Gesellschaft“, „in der das Zusammenwirken heteroge-
ner Organisationsprinzipien die wirtschaftliche und soziale Entwicklung wäh-
rend der 1960er, 1970er und 1980er Jahre obstruierte und wo diese Hybridisie-
rung den Übergang zu einer demokratischen Politik und einer Marktwirtschaft
extrem schwierig gestaltete“ (Hankiss 1990, S. 184). Ein anachronistisches und
hybrides Institutionengefüge in Wirtschaft und Politik, ein verworrenes und
sich auflösendes Wertesystem, Unsicherheit und Unschlüssigkeit erschwerten
die Konstitution eines sozialökonomischen Systems, mit dem sich diese Länder
auf einen Kurs dynamischer Entwicklung bringen lassen. Hankiss’ Grundüber-
legung war, dass die staatssozialistischen Gesellschaften in den 70 bzw. 40
Jahren ihrer Existenz ja stets Transformationsgesellschaften gewesen sind, die
infolge des rigiden und hierarchischen Institutionensystems nicht mit dem
Problem der Lenkung komplexer Gesellschaften umzugehen vermochten. In-
folge der Defizite begannen *alternative Organisationsprinzipien* in die sozialen
und wirtschaftlichen Bereiche einzudringen. Der Terminus „Organisationsprin-
zipien“, den Hankiss im Anschluss an J. Habermas, C. Offe u.a. einführt, steht
für „Institutionen“ ebenso wie für „Strukturen“, „Netzwerke“ oder „soziale
Mechanismen“. Er lässt sich vielleicht am besten exemplarisch klären. In der

Wirtschaft des Ungarn der Kader-Ära sieht Hankiss mindestens drei „Organisationsprinzipien“ wirken: neben dem „klassischen“ Prinzip der „Kommandoplanung und Redistribution“ findet sich ein „System von Marktmechanismen“, die sogenannte „Zweite Wirtschaft“, und ein System des „administrativen Marktes“, das gewissermaßen die Interpenetrationssphäre von redistributiver Kommandowirtschaft und „second economy“ darstellt. Analoge „Hybridisierungsprozesse“ lassen sich in den Bereichen der Politik und der Kultur ausmachen (vgl. ebd., S. 196). Insgesamt zeichnet Hankiss für die Spätphase des realen Sozialismus am Beispiel Ungarns ein Bild subsystemischer und inter-subsystemischer Obstruktions- und Blockade-Mechanismen, das zwar nicht unmittelbar zu einer Zusammenbruchs-These führt, aber die enorme Labilität der sozialistischen Gesellschaftssysteme evident werden lässt.

3. Informalisierungs-These

Die Informalisierungs-These ist nach 1989 in der deutschen soziologischen Debatte von J. Srubar an prominenter Stelle vorgetragen worden (Srubar 1992). Srubar zeigt, dass die für Gesellschaften sowjetischen Typs charakteristische „Privatisierung des Staates durch die Partei“ und „Verstaatlichung der Wirtschaft“ (ebd., S. 418) für die Struktur sozialer Integrationsmechanismen folgenreich war. Die mit der kommunistischen Parteiherrschaft verbundene Aufhebung der Kontrollierbarkeit und Kalkulierbarkeit der Macht führte nicht nur zu einer „politischen Politisierung“, sie hatte auch eine „persönliche Privatisierung“ in Form von Korruption und Patronage zur Folge (vgl. ebd., S. 419/429). Die Verstaatlichung der Wirtschaft wiederum und die Planwirtschaft sowjetischen Typs ließen „Mangelwirtschaft“ (vgl. Kornai 1995, S. 295ff.) zu einem grundlegenden Merkmal der staatssozialistischen Wirtschaftssysteme werden. Das machte „Umverteilungsnetzwerke“ und die „konsumbezogene Reprivatisierung staatlicher Ressourcen“ zu einem systeminduzierten sozialen und normativen Integrationsmechanismus staatssozialistischer Systeme (vgl. Srubar 1992, S. 420/321).

Es kann ernsthaft bezweifelt werden, ob aus der Analyse der informalen Integrationsmechanismen – man kann durchaus von einem *informalen Integrationsmodus* sprechen – nichtnormative Kriterien für die Modernität von Gesellschaften sowjetischen Typs gewonnen werden können. In diesen Gesellschaften erfolgte soziale Integration in wachsendem Maße und offiziell niemals anerkannt durch eine Symbiose öffentlicher und privater Aktivitäten in einer Form systemspezifischer Privatisierung anscheinend öffentlicher politischer, staatlicher und wirtschaftlicher Institutionen. Das unterschied sie vom Selbstbild einer dominant formal-rationalen öffentlichen Kultur in westlichen Gesellschaften. Wie die Anthropologin L. A. Lomnitz jedoch betont, ist das Vorhandensein informaler Mechanismen nicht ein Kriterium für die Modernität einer formalen Struktur, sondern für deren Defizite und Inadäquatheiten (Lomnitz

1988). Grundsätzlich können auch moderne Institutionen gut oder schlecht funktionieren.

Für die Kohärenz und systemische Identität staatssozialistischer Gesellschaften freilich war die wachsende Informalisierung der politischen, wirtschaftlichen Institutionen und des Alltagslebens von selbstzerstörerischer Wirkung. Sie untergrub nicht nur schleichend die offizielle politische Kultur und damit eine Legitimationsquelle dieser Gesellschaften (vgl. Holmes 1993). Sie untergrub auch die anderen Machtquellen kommunistischer Parteiherrschaft. Grundsätzlich basierte und funktionierte kommunistische Parteiherrschaft nur als realisierte oder wenigstens wirksam beanspruchte Konzentration und Monopolisierung *aller* ideologischen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtquellen (Mann 1990). Die meisten der systemspezifischen informellen Mechanismen stellten jedoch nicht intendiert eine faktische Schwächung der Machtquellen des Parteistaates dar. Paradigmatisch sei noch einmal auf die „zweite Wirtschaft“ verwiesen, die nicht nur die Entstehung einer vom Parteistaat unabhängigen Sphäre wirtschaftlicher Aktivitäten und Einkommensquellen darstellte. In wachsendem Maße bot sie den Wirtschafts- und Parteifunktionären selbst Möglichkeiten zusätzlicher Einkommensquellen und wirtschaftlicher Unabhängigkeit vom lange Zeit einzigen und alleinigen Arbeitgeber – dem Parteistaat (vgl. Róna-Tas 1990; Walder 1994).

Zusammenfassend kann man sagen: Die Zusammenbruchsdynamik staatssozialistischer Gesellschaften beinhaltete *herrschaftssoziologisch* zwei grundlegende Wandlungsprozesse: Den wachsenden Verlust der Fähigkeit des Parteistaates, bei den eigenen Funktionären Legitimitätsglauben, Gehorsam und Disziplin durchsetzen zu können. Und den Niedergang der Fähigkeit der Funktionäre des Parteistaates, von den machtunterworfenen Bevölkerungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Motivation und Disziplin beim lange zur Phrase degenerierten „sozialistischen Aufbau“ zu verlangen.

4. Schluss

Die unter dem Stichwort „Fremdlogiken“ vorgetragene Argumentation lässt vielleicht transparent werden, warum die Ereignisse 1989-91 nicht das Schicksal der Ereignisse von 1953 (DDR), 1956 (Ungarn, Polen), 1968 (Tschechoslowakei) oder 1980 (Polen) teilten. Erst wenn sich die herrschenden Strukturen einer Gesellschaft in einem klaren Stadium des Niedergangs oder Zerfalls befinden, können politische Mobilisierungsprozesse wie die von 1989 in den Zusammenbruch ganzer gesellschaftlicher Systeme einmünden. Eingebettet waren diese makrosozialen Wandlungsprozesse in ein Bündel weiterer kausaler Faktoren, die die „unerhörte Begebenheit“ zu einem historisch kontingenten Ereignis werden ließen.

Literatur

- Almond, Gabriel A. (1990): *A Discipline divided. Schools and Sects in Political Science*. London.
- Arnason, Johann P. (1993): *The future that failed. Origins and destinies of the Soviet model*. London/New York.
- Bauerkämper, Arnd/Danyel, Jürgen/Hübner, Peter/Roß, Sabine (Hg.) (1999): *Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR*. Berlin.
- Bessel, Richard/Jessen, Ralph (Hg.) (1996): *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*. Göttingen.
- Best, Heinrich (2001): *Platzierungslogiken und Rekrutierungsregime von DDR-Funktionseleiten: Ergebnisse einer Korrespondenzanalyse. Vortrag zum Forschungskolloquium „(Dys-)funktionale Differenzierung? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe der DDR-Funktionseleite in den 1980er Jahren“ am 28. November 2001, Ms.*
- Best, Heinrich/Hornbostel, Stefan (o. J.): *Nachantrag für den beantragten Sonderforschungsbereich (1811) „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung“, Teilprojekt A1 „Führungsgruppen und gesellschaftliche Differenzierungsprozesse in der DDR, Ms.*
- Best, Heinrich/Becker, Ulrike (Hg.) (1997): *Elites in Transition. Elite Research in Central and Eastern Europe*. Opladen.
- Best, Heinrich/Hornbostel, Stefan (1998): *Prozeß-produzierte Daten als empirisches Material für eine Soziologie des realen Sozialismus. Das Beispiel des Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR*. In: GESIS et al. (Hg.): *Materialien zur Erforschung der DDR-Gesellschaft*. Opladen, S. 201-221.
- Beyme, Klaus von (1994): *Systemwechsel in Osteuropa*. Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1991): *Politisches Feld und symbolische Macht*. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 1. Jg., S. 483-487.
- Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf, Hilke et al. (1997): *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*. Opladen.
- Burton, Michael G./Higley, John (1987): *Invitation to Elite Theory*. In: G. William Domhoff/Thomas R. Dye (Hg.): *Power Elites and Organizations*. London u.a., S. 235ff.
- Djilas, Milovan (1957): *Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems*. München.
- Ettrich, Frank (1992): *Neotraditionalistischer Staatssozialismus. Zur Diskussion eines Forschungskonzepts*. In: *Prokla* 86, S. 98-114.
- Ettrich, Frank/Utz, Richard (2002): *Zwischen „Prominenz“ und „Nomenklatura“*. Überlegungen zu neuerer Elitenliteratur. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 3 (2002). S. 389-403.
- Eyal, Gil/Szelényi, Iván/Townsley, Eleanor (1998): *Making Capitalism without Capitalists: Class Formation and Elite Struggles in Post-Communist Central Europe*. London u.a.

- Fehér, Ferenc/Heller, Agnes/Márkus, György (1983): Dictatorship over Needs. Oxford.
- Fehér, Ferenc/Heller, Agnes/Márkus, György (1983): Der sowjetische Weg. Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag. Hamburg.
- Feldmesser, Robert A. (1960): Social Classes and Political Structure. In: Cyril E. Black (Hg.): The Transformation of Russian Society. Cambridge, S. 235-52.
- Field, G. Lowell/Higley, John (1983): Eliten und Liberalismus. Opladen.
- Filtzer, Donald (1992): Soviet Workers and De-Stalinization. Cambridge.
- Glaessner, Gert-Joachim (1977): Herrschaft durch Kader: Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates. Wiesbaden.
- Grossmann, Gregory (1977): The "Second Economy" of the USSR. In: Problems of Communism. Vol. 26, No. 5, S. 25-40.
- Hankiss, Elemér (1988): The „Second Society“: Is there an Alternative Social Model Emerging in Contemporary Hungary? In: Social Research, Vol. 55, Nos. 1-2, S. 13-42.
- Hankiss, Elemér (1990): East European Alternatives. Oxford.
- Hankiss, Elemér (1990): In Search of a Paradigm. In: Daedalus Vol. 119, No 1, S. 183-214.
- Holmes, Leslie (1993): The End of Communist Power. Anti-Corruption Campaigns and Legitimation Crisis. Cambridge/Oxford.
- Hornbostel, Stefan (Hg.) (1999): Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR. Opladen.
- Hübner, Peter (Hg.) (1999): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Wien u.a.
- Inkeles, Alex/Bauer, Raymond (1959): The Soviet Citizen: Daily Life in a Totalitarian Society. Cambridge.
- Jowitt, Ken (1992): New world disorder. The Leninist Extinction. Berkeley u.a.
- Keller, Suzanne (1968): Beyond the Ruling Class. Strategic Elites in Modern Society. New York.
- Konrad, György/Szelényi, Ivan (1978): Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht. Frankfurt a. M.
- Kornai, Janos (1995): Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus. Baden-Baden.
- Lane, David (1996a): The Gorbachev Revolution: the Role of the Political Elite in Regime Disintegration. In: Political Studies, XLIV, S. 4-23.
- Lasswell, Harald D./Lerner, Daniel (1965): World Revolutionary Elites. Cambridge/London.
- Lasswell, Harald D./Lerner, Daniel/Rothwell, C. Easton (1952): The Comparative Study of Elites. Stanford.
- Lepsius, M. Rainer (1994): Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR. In: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart, S. 17-30.

- Lepsius, M. Rainer (1995a): Handlungsräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker. In: Theo Pirker/M. Rainer Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann Hertle: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Opladen, S. 347-362.
- Lepsius, M. Rainer (1995b): Institutionenanalyse und Institutionenpolitik. In: Brigitta Nedelmann (Hg.): Politische Institutionen im Wandel. Sonderband 35/1995 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, 392-403.
- Lomnitz, Larissa A. (1988): Informal Exchange Networks in Formal Systems: A Theoretical Model. In: *American Anthropologist* 88, S. 42-55.
- Ludz, Christian P. (1968): Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung. Köln/Opladen.
- Mann, Michael (1990): Geschichte der Macht. Erster Band. Von den Anfängen bis zur griechischen Antike. Frankfurt a. M./New York.
- Meier, Artur (1990): Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft. In: *Aus Parlament und Zeitgeschichte*, 16-17, S. 3-19.
- Meuschel, Sigrid (1992): Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989. Frankfurt a.M.
- Meuschel, Sigrid (1992a): Wandel durch Auflehnung. Thesen zum Verfall bürokratischer Herrschaft in der DDR. In: Rainer Deppe/Helmut Dubiel/Ulrich Rödel (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt a.M., S. 26-47.
- Meyer, Alfred G. (1991): Politics and Methodology in Soviet Studies. In: *Studies in Comparative Communism*, Vol XXIV (2), S. 127-136.
- Meyer, Gerd (1991): Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker. Tübingen.
- Niethammer, Lutz (1994): Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR. In: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart, S. 95-115.
- Offe, Claus (1994): Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt a. M. und New York.
- Parkin, Frank (1972): System Contradiction and Political Transformation. In: *European Journal of Sociology*, 13, S. 45-62.
- Richert, Ernst (1968): Die DDR-Elite oder: Unserer Partner von morgen? Reinbeck.
- Rigby, Thomas H. (1990a): The Changing Soviet System. Mono-organisational Socialism from its Origins to Gorbachev's Restructuring. Aldershot u.a.
- Rigby, Thomas H. (1990b): Political Elites in the USSR. Central leaders and local leaders from Lenin to Gorbachev. Aldershot u.a.
- Róna-Tas, Akos (1990): The second economy in Hungary: The social origins of the end of state socialism. Ann Arbor.
- Schimank, Uwe (1998): Funktionale Differenzierung und soziale Ungleichheit: die zwei Gesellschaftstheorien und ihre konflikttheoretische Verknüpfung. In: Hans-Joachim Giegel (Hg.): Konflikt in modernen Gesellschaften. Frankfurt a. M., S. 61-88.

- Schwinn, Thomas (1998): Soziale Ungleichheit und funktionale Differenzierung. Wiederaufnahme einer Diskussion. In: Zeitschrift für Soziologie 27, S. 3-17.
- Schwinn, Thomas (2000): Inklusion und soziale Ungleichheit. In: Berliner Journal für Soziologie 10, S. 471-483.
- Schwinn, Thomas (2001): Differenzierung ohne Gesellschaft. Umstellung eines soziologischen Konzepts. Weilerswist.
- Selznick, Philip (1960): The Organizational Weapon. A Study of Bolshevik Strategy and Tactics. 2. Aufl., New York.
- Strubar, Ilja (1992): War der Sozialismus modern. Versuch einer strukturellen Bestimmung. In: KZfSS, Jg. 43,3, S. 415-432.
- Staniszkis, Jadwiga (1991): The Dynamics of the Breakthrough in Eastern Europe. The Polish Experience. Berkeley u.a.
- Szelényi, Ivan (1991): Foreword. In: Jadwiga Staniszkis: The Dynamics of the Breakthrough in Eastern Europe. The Polish Experience. Berkeley u.a., S. VII-XIII.
- Sztompka, Piotr (1995): Cultural and Civilizational Change: The Core of Post-communist Transition. In: Bruno Grancelli (Hg): Social Change and Modernization. Lessons from Eastern Europe. Berlin/New York, S. 235-247.
- Teckenberg, Wolfgang (1977): Die soziale Struktur der sowjetischen Arbeiterklasse im internationalen Vergleich. Auf dem Wege zur industrialisierten Ständegesellschaft? München/Wien.
- Thaa, Winfried/Häuser, Iris/Schenkel, Michael/Meyer, Gerd (1992): Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus: das Ende des anderen Wegs in der Moderne. Tübingen.
- Vajda, Mihály (1991): Russischer Sozialismus in Mitteleuropa. Wien.
- Walder, Andrew G. (1994): The decline of communist power: Elements of a theory of institutional change. In: Theory and Society Vol. 23/2, S. 297-323.
- Welzel, Christian (1997): Demokratischer Elitenwandel. Die Erneuerung der ostdeutschen Elite aus demokratie-soziologischer Sicht. Opladen.
- Willke, Helmut (1979): Leitungswissenschaft in der DDR. Eine Fallstudie zu Problemen der Planung und Steuerung in einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Berlin.
- Zeleny, Milan (1985): Spontaneous Social Orders. In: International Journal of General Systems, 11, 2, S. 117-132.